



eine unabhängige Initiative für
Demokratie, Menschenrechte und Klimaschutz

„IMPRESSIONEN“

Der NÖ Landtagssitzung vom 23.05.2024

#zusammenHaltNÖ is watching you ...

unter diesem Motto nahmen auch diesmal wieder Beobachter*innen an der Landtagssitzung teil und erstellten den folgenden Bericht.



Die **#zusammenHaltNÖ-Beobachter*innen** kommen aus allen Teilen Niederösterreichs und vertreten unterschiedliche Vereine und Initiativen.

#zusammenHaltNÖ bemüht sich um Vernetzung, Austausch von Informationen und Erfahrungen, sowie um die Planung gemeinsamer Aktivitäten und Aktionen.

Inhaltsverzeichnis

Abstimmungsergebnis Landtagssitzung vom 23.05.2024	3
TO-Punkt 03: Aktuelle Stunde betreffend „EU-Wahnsinn stoppen – Festung Europa als Garant für Sicherheit und Wohlstand in NÖ“	4
TO-Punkt 13: „Rekordteuerung für die Menschen, Rekordgewinne bei den Banken. Das Wohnpaket der Bundesregierung senkt keinen einzigen Preis.	12
TO-Punkt 14: „Förderung von privaten Mehrfamilienhäusern, sogenannter Baugruppen, im Sinne der ökosozialen Transformation“	15

Landtagssitzung 23.05.2024

Abstimmungsergebnis

TO	Antrag:	Thema:	ÖVP	FPÖ	SPÖ	Grüne	NEOS
4	ÖVP/FPÖ	Vorschlag zur Verfahrensbeschleunigung im Bereich erneuerbarer Energien mit Einbez. der Bundesländer	✓	✓	✓	✗	✗
5	ÖVP/FPÖ	Zusätzliche Finanzielle Unterstützung für unsere Gemeinden	✓	✓	✗	✓	✗
5 A1	SPÖ	Abänderungsantrag: Ausschüttung der gesamten Mittel des Zukunftsfonds an die Gemeinden	✗	✗	✓	✗	✗
6	Grüne	"Bodenkultur statt Profitgier" - mehr Transparenz bei Liegenschaften und Grundsatzbeschuß bei Widmungen	✗	✗	✗	✓	✗
7	Grüne	Unterstützung durch Organe der Bundespolizei bei Vergehen gegen das NÖ Naturschutzgesetz	✗	✗	✓	✓	✓
8		Artikel 15a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens	✓	✓	✓	✓	✓
9		Artikel 15a B-VG Zielsteuerung Gesundheit	✓	✓	✓	✓	✓
10		B-RH - betreffend Intelligente Messgeräte (Smart Meter)	✓	✓	✓	✓	✓
11		B-RH - betreffend Aufsicht über gemeinnützige Bauvereinigungen	✓	✓	✓	✓	✓
12		B-LRH - betreffend Tätigkeiten 2022 und 2023	✓	✓	✓	✓	✓
13	SPÖ	Rekordteuerungen für die Menschen, Rekordgewinne bei Banken. Wohnpaket der BR senkt keinen Preis.	✗	✗	✓	✗	✗
14	Grüne	Förderung von privaten Mehrfamilienhäusern im Sinne der ökosozialen Transformation	✗	✗	✗	✓	✓
15	Grüne	Sicherer Fußweg auf der Landstr. L8244 entlang der Überführung über die B38	✗	✗	✓	✓	✓

Quelle: <https://noe-landtag.gv.at/sitzungen/XX/2024-05-23>

Was #zusammenHaltNÖ diesmal positiv aufgefallen ist:

- dass im Gegensatz zum **2. LT-Präsidenten Waldhäusl**, der bei seinen Parteikolleg*innen oft große Toleranz bei Abschweifungen vom Thema zeigt, der **1.LT- Präsident Wilfing** diesmal **Abg. Schnabel/ FP** zweimal ermahnte, als er durch mehrmaliges Abschweifen vom Thema versuchte, parteipolitische Agitation zu betreiben.
- dass **LT-Präsident Wilfing Abg. Antauer/FP** einen Ordnungsruf verpasste, als er die EU als korrupt bezeichnete.
- dass diesmal zahlreiche Abgeordnete auch bei Redebeiträgen anderer Fraktionen durch Applaus Zustimmung signalisierten.

TO-Punkt 03: Aktuelle Stunde betreffend **„EU-Wahnsinn stoppen – Festung Europa als** **Garant für Sicherheit und Wohlstand in NÖ**

Abg. Martin Antauer/FP leitet die aktuelle Stunde bezüglich bevorstehender EU-Wahl gleich mit Frontalangriffen auf die Europäische Union ein und behauptet, die EU-Politik der letzten Jahre würde „*Europa ungebremst an die Wand fahren*“.

Grundlegende Änderungen in sicherheits-, gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Hinsicht seien notwendig.

Verbesserungsvorschläge, aber kein Öxit seien die Forderungen der FPÖ, jedoch ein Exit aus dem bestehenden „EU-Wahnsinn“ sei angestrebt.

Ein EU-Austritt wäre nie ein Thema gewesen (Video Minute 1:30). Die Grundidee der EU war ein Friedensprojekt in einem starken europäischen Wirtschaftsraum, jedoch versage die Europäische Union bei ihren zentralen Aufgaben, z.B. der wichtigsten, nämlich der Sicherheit. Die EU sei nicht in der Lage, für einen effektiven Außengrenzschutz zu sorgen. Es kämen noch immer Millionen illegaler Migranten über unsere Grenzen und

damit auch „*Terroristen, Gefährder und Extremisten*“.

Abg. Antauer zeichnet schreckliche, angsterregende Bilder und diffamiert damit pauschal Schutzsuchende als Kriminelle, Gewalttäter, Vergewaltiger und radikale Islamisten - als „*Gäste, die mittlerweile einen Gottesstaat mitten in Europa fordern*“.

Weiters behauptet er, dass diese Menschen „*in unserer zivilisierten abendländischen Kultur*“ nicht zu integrieren seien. Die FPÖ würde nicht zuschauen, „*wie unser Land Schritt für Schritt einer islamischen Kultur überlassen wird, die in unserer Heimat mit Sicherheit nichts verloren hat [...]. Das europäische Projekt von der Integration von Ausländern (?) ist eindeutig gescheitert*“. Weiters behauptet Abg. Antauer, dass **nur (?)** zwei Drittel der „*Zuwanderer*“, keinen Asylgrund hätten. ([Video 9:02](#)).

#zusammenHaltNÖ kommentiert: *Falls er damit Asylsuchende meint, stimmt das nicht, wie Asylkoordination und Diakonie mehrfach nachgewiesen haben und #zusammenHaltNÖ in früheren "IMPRESSIONEN" dokumentiert hat. Falls er mit „Zuwanderern“ aber dringend gesuchte Fachkräfte meint, hat das mit Asylzahlen oder -gründen überhaupt nichts*

zu tun. Seine Behauptung bleibt somit völlig unklar und vage.

Weiters thematisiert **Abg. Antauer** den Krieg in der Ukraine, meint, die Freiheitlichen seien keine Freunde der Russen oder der Ukrainer, aber Freunde der Niederösterreicher, der Arbeitnehmer, Unternehmer und Bauern, die alle unter der Sanktionspolitik aus Brüssel leiden. Am 9.6. habe man die Möglichkeit, „ein starkes Zeichen gegen das korrupte EU-System zu setzen“. Für diese Anschuldigung kassiert der Abgeordnete einen Ordnungsruf von **Präsident Wilfing**.

Zusatzinformation zum Thema Arbeitskräftemangel

[Auf Mission in Indien: Minister Kocher sucht nach Fachkräften \(profil.at\)](#) 22.02.2024

[Wie Brasilianer die Personalnot im Wintertourismus lindern sollen \(profil.at\)](#)

06.12.2023

[Erste Tunesier da – große ÖBB-Job-Offensive im Ausland – Wirtschaft | Heute.at](#)

25.05.2024

[Busfahrer, Pfleger, Köche: Indische Fachkräfte sollen Österreichs Lücken füllen \(kurier.at\)](#)

20.02.2024

[Kocher will bis 2027 jährlich 15.000 Fachkräfte nach Österreich holen - Arbeitsmarkt - derStandard.at › Wirtschaft](#)

18.07.2023

[Steirische Wirtschaft erkundet Indien - steiermark.ORF.at](#) 08.03.2024

[Zunehmend Pflegekräfte aus Kolumbien und Tunesien - steiermark.ORF.at](#)
[Zunehmend Pflegekräfte aus Kolumbien und Tunesien - steiermark.ORF.at](#) 29.12.2022

Abg. Indra Collini/NEOS repliziert sehr emotional und ausführlich auf die Aussagen ihres Vorredners **Abg. Martin Antauer/FP**. Nach Meinung der NEOS müsse Europa weiterentwickelt und dürfe nicht durch eine Stärkung der antieuropäischen Kräfte quasi rückabgewickelt werden. So wirft **Abg. Collini**

dem EU-Spitzenkandidaten Vilimsky von der FPÖ vor, er würde „keine Millisekunde zögern, den roten Knopf (des Öxit) zu drücken“, was Vilimsky aber derzeit bestreitet.

Er und seine Partei lavieren seit Jahren bei diesem Thema und es scheint keine einheitliche FP-Meinung zu geben (siehe **#zusammenhaltNÖ-Faktencheck**).

Weiters kritisiert **Abg. Collini** die lasche Haltung der ÖVP zur EU und untermauert ihre Kritik mit einem [Gastkommentar von Heidi Glück](#), der ehemaligen Pressesprecherin und Strategieberaterin von BK Wolfgang Schüssel, die meinte, die VP sei 2024 weder Wirtschafts- noch Europapartei.

Abg. Collini spricht sich vehement gegen „Festungsphantasien, Zäune und Mauern“ der FP aus, die eine Bedrohung für Europa seien und plädiert für ein „Europa der Regionen“.

So sollten ihrer Meinung nach auch niederösterreichische EU-Abgeordnete aller Parteien im NÖ Landtag Rederecht bekommen, wie dies in Kärnten, Steiermark und im Nationalrat möglich ist, für NÖ jedoch auch von der VP abgelehnt wurde.

Abg. Collini hebt besonders hervor, dass NÖ das Dreifache von dem, was nach Brüssel gezahlt wird, wieder zurückbekomme. Sie listet zahlreiche Projekte auf, die auch in NÖ durch EU-Gelder gefördert wurden und weist darauf hin, dass z.B. der Ausbau der „Community Nurses“ in den Gemeinden, der Breitbandausbau, der Reparaturbonus oder die Ausstattung von Schüler*innen mit Laptops und Tablets mit EU-Mitteln finanziert würden.

Ein Öxit würde außerdem den Wirtschaftsstandort NÖ existenziell gefährden, da 106.000 Arbeitsplätze in der Exportwirtschaft des Landes verloren gingen. Es sei daher unverständlich, dass sich die ÖVP nicht klar gegen einen Öxit ausspreche und den dies-

bezüglichen NEOS-Antrag nicht unterstützt habe.

Ihre Fraktion fordere, dass 25% des EU-Budgets in Zukunftsprojekte gelenkt würden, in Bildung, Forschung und Entwicklung, denn nur das würde die EU wirtschaftlich stark gegen China und die USA machen. Österreich allein könne all das nicht schaffen und so befürwortet sie vehement „*ein Europa, das uns nützt und ein Europa, das uns schützt*“.

#zusammenHaltNÖ



Faktencheck:

[Brexit ist Weichenstellung für Demokratie sowie gegen EU-Zentralismus – Freiheitliche Partei Österreichs \(fpoe.at\)](#) 24.06.2016

(siehe letzter Satz!)

[Ohne Reformen will FPÖ den Öxit zum Thema machen - Sachpolitik - derStandard.at › Inland](#) 24.06.2016

[Vilimsky zu Öxit-Vorstoß: Nicht ich, sondern FPÖ-Pressedienst \(kurier.at\)](#) 26.02.2019

[Ohne Reformen will FPÖ den Öxit zum Thema machen - Sachpolitik - derStandard.at › Inland](#) 22.08.2020

[Aktuelle Umfrage - Mehrheit der FPÖ-Wähler sieht Öxit-Pläne bei Kickl | krone.at](#) 21.03.2024

[FPÖ-Spitzenkandidat Vilimsky: Ruf nach rotem Knopf „heißt nicht Öxit“ - news.ORF.at](#) 28.04.2024

Brigitte Bailer: Rechtsextremes im *Handbuch Freiheitlicher Politik* – Eine Analyse [bailer_handbuch_fp.pdf \(doew.at\)](#)

Als weiterer Redner tritt **Abg. Peter Gerstner/FP** ans Rednerpult mit einem Plädoyer für Österreichs Neutralität. Für ihn ist die Neutralität grundlegender Bestandteil der Nation und der Identität, welche dem Land seit 1955 Sicherheit und Stabilität gewährleistet hätten. Durch die direkte militärische Unterstützung der Ukraine durch die

EU mit Waffenlieferungen an eine Kriegspartei sieht *Abg. Gerstner* nicht nur unsere Neutralität ernsthaft gefährdet, sondern befürchtet auch, dass Österreich dadurch in einen bewaffneten Konflikt hineingezogen werden könnte. Dies und die Sanktionen gegen Russland stünden seiner Meinung nach in eklatantem Widerspruch zur österreichischen Neutralität.

Österreich als neutraler Staat solle seiner Meinung nach auf diplomatische Lösungen setzen und eher eine Vermittlerrolle einnehmen. Weiters lehnt *Abg. Gerstner* auch strikt die Teilnahme der EU an militärischen Operationen außerhalb Europas ab und befürchtet, dass auch hier das neutrale Österreich über die EU-Schiene in internationale Konflikte hineingezogen werden könnte. Für *Abg. Gerstner* führe auch die enge Zusammenarbeit von NATO und EU zu einer Militarisierung Europas. Für ihn verschwimmen die Grenzen zwischen militärischen und zivilen Strukturen, wodurch unsere neutrale Position weiter untergraben würde. Der Abgeordnete erwähnt in diesem Zusammenhang [PESCO*](#), das seiner Meinung nach den Prinzipien unserer Neutralität widerspreche und unser Land immer weiter in ein Militärbündnis hineinziehe.

Die EU solle sich auf ihre wesentlichen Kernaufgaben konzentrieren und die nationalen Identitäten nicht untergraben. Daher sieht er in einer konsequenten Verteidigung der Neutralität eine Garantie, dass Österreich auch in Zukunft ein Ort des Friedens und der Stabilität inmitten der EU bleiben könne.

In seinem Schlusswort bezichtigt Gerstner noch die NEOS, Österreich an ein „zentralistisches Brüssel verscherbeln“ zu wollen.

Zusatzinformation

Gastkommentar von Heidi Glück, der ehemaligen Pressesprecherin und Strategieberaterin von ÖVP-Bundeskanzler Wolfgang

Schüssel: [Die Chance der ÖVP: Mitte statt Mitte-rechts | DiePresse.com](#) 03.09.2023

***PESCO** (englisch Permanent Structured Co-operation, kurz PESCO; deutsch: Ständige Strukturierte Zusammenarbeit, kurz SSZ) bezeichnet hauptsächlich die Zusammenarbeit von Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU), die sich in der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) besonders engagieren wollen. <https://de.wikipedia.org/wiki/PESCO>

Abg. Georg Ecker/Grüne hält fest, dass für seine Generation die Europäische Union Sicherheit garantiere und einen wesentlichen Beitrag zum heutigen Wohlstand geleistet habe. Diese seien aber durch die menschengemachte Klimakrise gefährdet, die sich in Wetterextremen äußere, durch die oft ganze Ernten zerstört würden.

Unser Wohlstand würde aber auch durch Politiker gefährdet, die meinen, Technologien des vorigen Jahrtausends würden uns retten und die nicht realisieren, dass asiatische Länder und teilweise auch die USA Europa in Bezug auf viele Zukunftstechnologien abgehängt hätten. Er meint, wer Weltmarktführer in der Verbrennertechnologie werden wolle, könne auch Weltmarktführer bei Tastentelefonen, Schreibmaschinen oder Pferdekutschen werden. Es gebe den Weg in die Zukunft nur auf eine Weise – hin zu Innovationen, zu erneuerbaren Energien, zu effizienten Antrieben, die Menschen und Wirtschaft vorantreiben und Europa auch zum Vorreiter für Klimagerechtigkeit machen würden.

Abg. Ecker erwähnt weiters „*trojanische Pferde*“ in Deutschland (AfD), Ungarn (Orban), die durch ihre engen Kontakte mit China oder Russland die Sicherheit Europas gefährden oder die FPÖ, die Orban zum Kommissionspräsidenten machen wolle.

Die Grünen würden eine Zerstörung Europas nicht zulassen, denn es sei ihr Anliegen, dass nachfolgende Generationen eine Welt vorfinden, in der man gut leben kann und die sicher bewohnbar ist.

Abg. Kathrin Schindele/SP stellt in ihrem engagierten Redebeitrag fest, dass das Thema EU auch immer emotionalisiere. Aber sie bemerkt an die Adresse des Antragsstellers FP, es sei letztklassig und absolut fehl am Platz, mit dem Thema der „bösen EU“ Angst schüren zu wollen.

Die freiheitliche Partei habe offenbar bis heute nicht verstanden, dass Österreich Teil der EU ist. Für die Mandatarin spräche die FP immer von „der EU“ und „Österreich“, aber Österreich ist Teil der EU und auch die FP entsende Abgeordnete in das EU-Parlament. Die FP-Wahlkampfparole „*EU-Wahnsinn stoppen!*“ lasse den Schluss zu, dass auch Österreich wahnsinnig sei und gestoppt werden müsse. Das passe nicht zu der von der FPÖ vielzitierten Heimatliebe und dadurch lasse sich auch in Zukunft kein Wohlstand garantieren.

Und bezüglich „*Festung Europa*“ als Garant für Sicherheit meint **Abg. Schindele**, dass von Festungen immer nur Ruinen übrig bleiben und sie möchte sich eine zerfallene europäische Union nicht vorstellen.

Die Sozialdemokratie kämpfe für den Erhalt und die Weiterentwicklung der EU und gegen einen Rechtsruck, der die EU als Festung und nicht als Friedensprojekt sieht. Die SPÖ würde Europa nicht jenen überlassen, die es schwächen wollen, sondern kämpfe für ein starkes und gerechtes Europa.

Die großen Herausforderungen wie Krieg, Teuerung und Klimakrise könnten nur gemeinsam bewältigt werden. Das Jahr 2024 werde ein Jahr der Richtungsentscheidungen. Es werde entschieden, in welche gesellschaftliche Ausrichtung sich Europa

bewegen wird. Es werde entschieden, ob ein faires und soziales Europa oder ein Europa der Gegensätze und Alleingänge gewollt wird.

Abg. Schindele weist dann noch auf den Europaabgeordneten der SPÖ, Dr. Günther Sidl hin und dass sich die Sozialdemokratie für ein faires und gerechtes Europa einsetze, das die Rechte der Arbeitnehmer*innen stärkt, zukunftssichere Arbeitsplätze schafft und dafür sorgt, dass auch Großkonzerne endlich ihre Steuern zahlen.

Es brauche ein starkes Europa, denn man sei nur zusammen stärker und das spiele auch beim Thema Klimaschutz eine entscheidende Rolle. Und es brauche ein friedliches Europa des Zusammenhalts, der Solidarität und der starken Demokratie.

Abg. Schindele wiederholt Dr. Sidls Appell, sich nicht spalten zu lassen und Rassismus keinen Platz zu geben.

Für Personen, die sich nicht an Spielregeln halten, sei das funktionierende Rechtssystem zuständig, das bei Missachtung und Verletzung der Gesetze durchgreift.

Abschließend empfiehlt *Abg. Schindele* all jenen, die ständig damit beschäftigt sind, irgendwo irgendwelche Grenzen zu schließen, sich die Zeit zu nehmen, ihre eigenen Grenzen zu erkennen und danach zu handeln.

Kaum ergreift **Abg. Michael Sommer/FP** das Wort, kommen aus seinem Mund bereits die ersten Anwürfe und letzt-klassigen Diffamierungen anderer Fraktionen. Er beschimpft die Grünen wieder einmal als „Ökokommunisten“ und bezeichnet die NEOS als „Vereinigte Staaten von Europa-Fetischisten“.

Weiters behauptet er allen Ernstes, nur die FP würde für die eigenen Landsleute kämpfen und seine Vorredner*innen hätten alle „Wahnsinnigkeiten der europäischen Union“ verteidigt: von Green Deal, der den

Wohlstand und die Arbeitsplätze in ganz Europa gefährde über die ungezügelte Massenzuwanderung, die massive Gewalt und Sexualtäter importiert habe, wie man im SPÖ-regierten Wien tagtäglich sehe.

Weiters reitet der Abgeordnete Attacken gegen die NEOS. Seiner Meinung nach würden sie als österreichische Partei ihre eigene Abschaffung betreiben, da sie auf ihren Wahlplakaten die „Vereinigten Staaten von Europa“ promoten.

Er geht dann auf die „größten Wahnsinnigkeiten“ der EU ein, behauptet, der Green Deal sei ein „Green Disaster für den Wohlstand, für die Wirtschaft und damit für unsere Landsleute“ und skizziert anschließend das „freiheitliche patriotische Lösungsmodell“.

Die Europäische Union zerstöre mit Vorschriften und Verboten bewusst unseren Wohlstand und verschaffe „dem Kommunismus und der Planwirtschaft 33 Jahre nach ihrem Untergang unter dem Deckmantel des Klimaschutzes ein unerfreuliches Comeback“.

Und wieder kommt das altbekannte Argument, dass Europa das Weltklima nicht retten könne, da es nur für 8% des weltweiten CO₂-Ausstoßes verantwortlich sei, wogegen Indien für 9%, die USA für 14% und China für 31% verantwortlich seien.

Und während die Grünen durch das Lieferkettengesetz Umweltstandards durchsetzen wollen, komme es bei der Produktion von Elektroautos massenweise zu Kinderarbeit und Umweltverschmutzung bei der Gewinnung der notwendigen Ressourcen.

Er ruft weiters auf, den „Ökokommunismus“ zu stoppen, um „unseren Wohlstand“ zu erhalten.

Weiters attackiert der Mandatar die „Überwachungsphantasien“ der EU, die den gläsernen Bürger anstrebe.

Mit dem „Digital Reserve Act“ (meint Abg. Sommer vielleicht den [„Digital Services Act“](#)?) würde unter dem Scheinargument, gegen Hasspostings vorzugehen, die Privatsphäre völlig abgeschafft, sodass nun in privaten Messenger-Nachrichten herumgeschnüffelt werden könne.

Und wieder geht der Abgeordnete, wie so oft bei der FPÖ, mit dem Vorwurf an die EU und Europäische Zentralbank hausieren, dass das Bargeld abgeschafft werden solle.

Es gäbe eine dicke Verordnung über den digitalen Euro, an dessen Ende die klare Idee existieren, das Bargeld abzuschaffen. (siehe Faktencheck!)

Der Abgeordnete kritisiert schließlich die „Überregulierung“ durch Brüssel und fordert die Rückholung verschiedener Kompetenzen zu den 27 Nationalstaaten, die alle ihre eigene Identität hätten.

Er sagt, die Europawahl sei eine Schicksalswahl mit der Entscheidung für „weitere fünf Jahre Asylchaos, Ökokommunismus, Kriegstreiberei, mit Wirtschafts- und Wohlstandsvernichtung und einem Überwachungsstaat“. Nur seine Partei kämpfe gegen all diesen „Wahnsinn“.

#zusammenHaltNÖ-



Fak-

tencheck:

Es stimmt nicht, dass die Europäische Zentralbank das Bargeld abschaffen will. Wie aus dem Dokument [„Häufig gestellte Fragen zum digitalen Euro“](#) vom 14.02.2024 hervorgeht, ist die Abschaffung des Bargeldes kein Thema (siehe Frage& Antwort 3) Schlecht vorbereitet, Herr Abg. Sommer oder bewusst Fake News verbreitet?

#zusammenHaltNÖ



meint:

Seit wann wurden denn in den USA / United States of America Bundesstaaten wie Flor-

ida, Washington, Alabama, Texas, Alaska etc. durch die Mitgliedschaft in den Vereinigten Staaten von Amerika abgeschafft? Die weitreichenden Kompetenzen der Bundesstaaten sind hier nachzulesen:

[Die weitreichenden Kompetenzen der US-Bundesstaaten - US-Botschaft und Konsulate in Deutschland \(usembassy.gov\)](#)

[Das politische System der USA: 50 Bundesstaaten und eine föderale Regierung \(merkur.de\)](#)

Zu potenziellen „Vereinigten Staaten von Europa“ mag es unterschiedliche Meinungen geben, aber dass bei einem Beitritt Österreich als Staat abgeschafft werden würde, ist völliger Unsinn oder eine bewusste Irreführung der Öffentlichkeit.

Und außerdem: weiß Herr Sommer, der gerne den „Ökokommunismus“ bemüht, überhaupt, was Kommunismus z.B. à la UdSSR, DDR oder Nordkorea in der Praxis bedeutet(e)?

Hier gibt es Nachhilfeunterricht: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-junge-politik-lexikon/320655/kommunismus/>

Abg. Christoph Kainz/VP schickt voraus, er sei froh und stolz, bei einer Europa-Debatte im Landtag sprechen zu können. Zusammenarbeit, die die Gründungsväter nach dem 2. Weltkrieg als Grundlage für Frieden gesehen hätten, sei gelungen.

Er sieht das von der FP strapazierte Bild der „Festung Europa“ kritisch, denn er verbinde damit das Bild einer Burg mit Wassergraben, Zugbrücke und Verlies. Dies sei nicht seine Welt. Er fühle sich wohler, wenn er durch das prosperierende NÖ fahre mit starken, eigenständigen Gemeinden.

Aufgabe der Politik sei es, die Lebenswelt der Menschen derart zu gestalten, dass es ihnen besser geht. Starke und eigenständige Regionen seien eine gute Grundlage für Europa. Er verwehre sich auch gegen einen europäischen Einheitsbrei in allen 27 Mitgliedsländern, aber es gebe Bereiche, wo man ge-

meinsam stärker sei. Dazu gehören z.B. die Außen- und Sicherheitspolitik.

Abg. Kainz lobt BMⁱⁿ Tanner und erwähnt Skyshield mit einem Seitenhieb auf die FP, die zwar eine Festung errichten wolle, aber nicht bereit sei, „einen Regenschirm aufzuspannen, wenn ein paar Tropfen vom Himmel fallen“.

Zum Thema Migration und Asylpolitik stellt der Abgeordnete fest, hier sei die Europäische Union gefordert, gemeinsam Schritte zu setzen.

Auch die Themen Wissenschaft und Forschung oder Wirtschaft seien große Herausforderungen. Europa müsse gegen andere Märkte gemeinsam auftreten, wie z.B. China, Indien oder die USA. Dies werde nur gelingen, wenn auch die Menschen mitgenommen werden und einzelne Mitgliedsländer damit nicht überfordert werden.

Abg. Kainz kommt schließlich auf das Renaturierungsgesetz zu sprechen, bei dem seiner Meinung nach dagegeengehalten werden müsse. 95% der Landesfläche setzen sich als Wäldern, Äckern, Wiesen und Flüssen zusammen und mit den restlichen 5% der Landesfläche wüsste man sehr wohl, wie damit nachhaltig und vernünftig umzugehen sei. Renaturierung bedeute, Ackerflächen zu Naturschutzflächen umwandeln zu müssen. Es dürfe nicht nur beschlossen und verordnet werden, sondern die Menschen müssten auf dem Weg mitgenommen werden. Die EU sei verbesserungswürdig und die NÖ Mandatäre müssten in Brüssel die Interessen Niederösterreichs so vertreten, dass man dort auch gehört werde.

#zusammenHaltNÖ



Fak-

tencheck:

Es ist nicht ganz verständlich, warum Abg. Kainz dem Renaturierungsgesetz so ablehnend gegenübersteht. Hat er es genau

studiert und auch [relevante Pressemitteilungen](#) des Europäischen Parlaments gelesen?

Falls ja, fragen wir uns, ob ihm z.B. diese Passage entgangen ist:

„Landwirtschaftliche Ökosysteme - Die Wiedervernässung bleibt für Landwirte und private Grundbesitzer freiwillig.

Wie vom Parlament gefordert, ist in dem Gesetz eine Notbremse vorgesehen. Das heißt, dass die Zielvorgaben für landwirtschaftliche Ökosysteme unter außergewöhnlichen Umständen aus-gesetzt werden können, wenn dadurch die Fläche stark verringert würde, die nötig ist, um genug Lebensmittel für die Verbraucherinnen und Verbraucher in der EU zu erzeugen.“

Abschließend ruft Abg. Kainz die Niederösterreicher*innen auf, zur Wahl zu gehen und macht auch Werbung für die ÖVP-Kandidaten. NÖ müsse in den nächsten Jahren eine starke Region im Herzen Europas bleiben und noch besser werden.

Zusatzinformation zum EU-Renaturierungsgesetz

- [EU-Verordnung über die Wiederherstellung der Natur](#) Oktober 2022
- [Blockade bei EU-Renaturierungsgesetz: Der Karren ist festgefahren - Sachpolitik - derStandard.at › Inland](#) 29.05.2024
- [Renaturierung blockiert: Gewessler kritisiert „wirklich... | DiePresse.com](#) 29.05.2024
- [Landscape Features and Biodiversity | Europäische Netzwerk für die Entwicklung des ländlichen Raums \(ENRD\) \(europa.eu\)](#)
- [WWF Faktencheck zum EU-Renaturierungsgesetz](#) 17.05.2024

LR Christoph Luisser leitet seinen [Redebeitrag](#) mit einem angeblichen [Zitat von Albert Einstein](#) ein und unterstellt damit der EU, im Bereich der Asyl- und Migrationspolitik „dumm“ zu sein. Niemand verstehe, dass es bis in jeden Lebensbereich Regelungen,

Richtlinien und Verordnungen gebe, in vielen Bereichen von Asyl und Migration die Europäische Union jedoch untätig geblieben sei. Niemand verstehe, dass Österreich an Länder Entwicklungshilfe zahle und Visa erteile, die „Asylanten mit negativen Asylbescheiden nicht zurücknehmen“. Und schon gar niemand verstehe, „dass jemand, der vorgibt, dass er Schutz und Hilfe sucht hier bei uns, dann fröhlich auf Urlaub fährt [sic!] in sein Heimatland und wieder zurückkehrt nach Österreich, als wäre hier nichts gewesen“. ([Video, Minute 1:25](#))

#zusammenHaltNÖ

Faktencheck:

gerade Asyl-LR Luissers müsste als Jurist und Anwalt das Asylgesetz im Detail kennen. Die Tatsache, dass Asylberechtigte in alle Länder der Welt außer in ihr Herkunftsland reisen dürfen, ist sogar interessierten Laien bekannt. Tun sie es dennoch, droht diesen Asylberechtigten [laut § 7 Abs. 2 Asylgesetz 2005 ein Aberkennungsverfahren](#).

Solch eklatantes Nichtwissen oder bewusste Verbreitung von Unwahrheiten sind eine Schande für einen NÖ Landesrat.

Der Landesrat wettet schließlich generell gegen die seiner Meinung nach gescheiterte europäische Asyl- und Migrationspolitik und behauptet, nur die patriotischen Kräfte in Österreich und Europa könnten die notwendige Kurskorrektur in die Wege leiten. Und wie bei FP-Politikern häufig üblich, attackiert LR Luissers auch ungeniert einen Minister aus der Partei des Koalitionspartners, nämlich IM Karner, zu dem ihm viele Beispiele einfallen würden, wie er sagt. Er behauptet abschließend, für Schlepper gebe es keine Mindeststrafen, was laut dem Landesrat im Fremdenpolizeigesetz nachzulesen sei.

#zusammenHaltNÖ-

Faktencheck:

LR Luissers Behauptung, es gebe keine Mindeststrafen für Schlepperei, stimmt nicht.

Im [Fremdenpolizeigesetz §112 \(1\)](#) ist Schlepperei als Verwaltungsübertretung mit einem Strafraum von €5.000 bis €15.000 zu bestrafen.

§114 (1) bis (4) beschreiben diverse Strafbestimmungen in Zusammenhang mit Schlepperei, wobei der Strafraum von einem halben bis zu zehn Jahren reicht.

Zusatzinformation

[Gesamte Rechtsvorschrift für Fremdenpolizeigesetz 2005, Fassung vom 31.05.2024](#)
[Schlepper erhielt Haftstrafe - kaernten.ORF.at](#) 23.05.2024

[Mit Verwandten kamen Geflohene: Türke als Schlepper verurteilt \(kurier.at\)](#) 28.05.2024

[Zwei Schlepper zu Haftstrafen in Linz verurteilt - ooe.ORF.at](#) 30.05.2024

Abg. Ing. Bernhard Ebner/VP hält LR Luissers vor, sich auf dünnes Eis begeben zu haben, denn es müssten die Entwicklungen der letzten Monate und Jahre genauer betrachtet werden. Er benützt das Bild der „Festung“ und weist darauf hin, dass bei einer Festung zwar niemand hinein, aber auch niemand herauskomme. Es sei festzustellen, dass die Asylzahlen massiv zurückgegangen seien. Im Jahr 2023 seien die Zahlen halbiert worden, weil die „Asylbremse der Bundesregierung“ funktioniert habe. Im heurigen Jahr seien die Aufgriffszahlen so niedrig, wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Das müsse die FP auch auf Bundesebene einmal zur Kenntnis nehmen. Der Familienzuzug sei allerdings ein Riesenthema. Daher seien klare Maßnahmen gesetzt worden. Es brauche schärfere Kontrollen, mehr DNA-Tests. Auch in diesem Bereich seien die Zahlen deutlich rückläufig.

Als glühender Europäer wisse er, warum es die Europäische Union brauche. Sie sei ein Friedensprojekt. Keiner der Anwesenden habe jemals einen Krieg vor der eigenen Haustüre erlebt. Über 80 Jahre habe es auf österreichischem Boden keinen Krieg gegeben und daher sei es schon deshalb gut, dass es die Europäische Union gibt.

Abg. Ebner erinnert daran, dass die FPÖ gegen einen EU-Beitritt Österreichs war. Argumente waren damals, es würden dann im Joghurt Schildläuse drinnen sein und es komme dann Blutschokolade aus dem Ausland nach Österreich.

Jetzt in Vorwahlzeiten würden von der FPÖ wieder solche Märchen verbreitet wie damals, meint der Abgeordnete. Er sei überzeugt, dass die Europäische Union als Friedens-, Währungs- und Wirtschaftsunion für Österreich mehr als gut sei. Man würde allein nicht existieren können, sondern man brauche die Partnerschaft in Europa. Europa gehöre verbessert, aber nicht zerstört, wie es die FPÖ wolle.

Zusatzinformation

Asylzahlen 2014 bis 2024

[Asylanträge Österreich 2024 | Statista](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/293189/umfrage/asylantraege-in-oesterreich/)
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/293189/umfrage/asylantraege-in-oesterreich/>

Asylanträge April 2023 bis April 2024

[Asylanträge Österreich Monate 2024 | Statista](https://de.statista.com/statistik/daten/studie/466736/umfrage/asylantraege-in-oesterreich-nach-monaten/)
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/466736/umfrage/asylantraege-in-oesterreich-nach-monaten/>

TO-Punkt 13: „Rekordteuerung für die Menschen, Rekordgewinne bei den Banken. Das Wohnpaket der Bundesregierung senkt keinen einzigen Preis.

Dies ist bereits der 3. Antrag der SP in der XX. Gesetzgebungsperiode mit dem Ziel, der Teuerung gegenzusteuern.

Abg. Helmut Hofer-Gruber/NEOS beschreibt zu Beginn seiner Rede den Antrag als *"tiefen Griff in die Planwirtschaftskiste"* und vergleicht z.B. die Kreditzinsen, die vor der Jahrtausendwende zw. 6-8% lagen und die Inflation unter 3% lag.

In den letzten Jahren ist der *"schlechteste Finanzminister der Republik"* anstelle mit Wirtschafts- und Fiskalpolitik mit *"Geldgeschenken"* entgegengetreten. In der Niedrigzinszeit hatten Kreditnehmer scheinbar gehofft überhaupt keine Kreditzinsen zu zahlen. Er schreibt die Gier nicht den Banken, sondern den Kreditnehmern zu. Hr. Hofer-Gruber verweist auf den ohnehin stark durchregulierten Bankensektor und die klaren Hinweise auf veränderbare Zinsen in den Unterlagen, die jeder Kreditnehmer bei Abschluss eines Kredites erhält. Er kritisiert den Antrag, demgemäß der Staat nun dafür aufkommen soll, dass Bürger ihre Eigenverantwortung nicht wahrnehmen wollen und vergleicht dies mit einer *"Vollkaskomentalität"*.

Der Staat sollte für einen funktionierenden Markt sorgen, durch *"...unbürokratische Abwicklung des Wohnbaus, transparenten und diskriminierungsfreien Zugang zu Wohnbauförderung, Entrümpelung des Mietrechts, Abschaffung von Gebühren bei Eigentumserwerb und Steuerentlastung der arbeitenden Bevölkerung"*. Er zitiert dabei aus dem

Kapitel zu freier Marktwirtschaft aus dem Wahlprogramm der NEOS.

Zum Thema *Inflation* stellt er wiederholt das Versagen der Regierung bei der Bekämpfung dieser dar. Mit dem Beispiel der hohen Lebensmittelpreise, die lt. Aussage des REWE-Chefs auf die hohe Filialdichte in Österreich zurückzuführen sind, kritisiert er das vollkommene Versagen der Wettbewerbsbehörde.

Er plädiert für eine Diskussion, ob Abgaben auf Erwerbsarbeit und Konsum zukünftig die richtigen seien und spricht sich abschließend gegen den gestellten Antrag aus.

Abg. Dominic Hörlezeder/Grüne beschreibt zu Beginn seiner Rede die Ursachen der hohen Inflation der letzten Jahre:

"Der Angriffskrieg auf die Ukraine führte zu steigenden Gaspreisen, wirtschaftliche Auswirkungen von COVID-19, die Geldpolitik der EZB". Junge Menschen haben hohe Lebenshaltungskosten und damit geringe Chancen auf Vermögensaufbau und Eigenheimwerb. Daher seien politische Interventionen notwendig, die den Menschen gleiche Chancen auf eine sichere und wirtschaftlich stabile Zukunft geben können.

Als eine hilfreiche Maßnahme sieht er das Wohnpaket der VP/Grünen Bundesregierung, welches am 5.4.2024 beschlossen wurde.

Das Wohnpaket enthält unter anderem einen Zuschuss an die Bundesländer (2024-2026) von 1 Mrd. €. Die Maßnahme trägt zu einer zielgerichteten Ankurbelung der Wirtschaft, Anreize zur leistbaren Wohnraumschaffung und Unterstützung für Bedürftige bei. Dieses Paket ist für jene, die Wohnraum für den eigenen Wohnbedarf nutzen.

Er sieht somit keinen weiteren Handlungsbedarf, da diese Maßnahme auch für die Länder wirksam ist.

Abg. René Pfister/SP bemerkt eingangs, dass Rekordteuerung und hohe Inflationsraten schon lange ein Thema sind. Österreich hat die höchste Inflationsrate und daher fordert die Sozialdemokratie einen Mietenstopp.

Die Bundesregierung hat im August 2023 einen Mietendeckel von 5% /Jahr beschlossen. Allerdings sind davon 500.000 Wohnungen nicht betroffen, da sie im nicht preisregulierten Segment sind (*"freie Mieten"*). Diese sind in den letzten 1 1/2 Jahren um bis zu 25% teurer geworden. Er argumentiert, dass die Einführung eines Mietpreisdeckels keine zusätzlichen Kosten verursachen würde, sondern lediglich die steigenden Einnahmen der Immobilienwirtschaft aufgrund der Inflation begrenzt.

Dass es auch anders geht zeigt er am Beispiel des *"Entlastungspakets, das die heimische Land- und Forstwirtschaft stärkt"* durch eine Dieselerückvergütung (rückwirkend 2022-2025) mit 75 Mio. € von der Landwirtschaftskammer Oberösterreich.

Abschließend appelliert er an die Abgeordneten sich einen Ruck zu geben und dem SP-Vorschlag zuzustimmen.

Abg. Michael Sommer/FP eröffnet seine Rede (wie alle FP-Abgeordneten) mit der provokanten Anrede der Landtagspräsidentin (Eva Prischl) *"Sehr geehrte Frau Präsident"*.

Er stimmt dem Fakt der Preiserhöhungen zu und wirft zugleich der SPÖ *"klassenkämpferisches und antikapitalistisches"* Verhalten vor.

Hauptursache der hohen Inflation seien: *"hohe Energiekosten, CO2-Strafsteuer, hohe Kreditzinsen"*. Diese Ursachen seien das Ergebnis von falscher Politik auf EU- und Bundesebene. Mit dem EU-Bashing geht es weiter. *"Die hohen Energiekosten kommen aus der irrsinnigen Sanktionspolitik der EU gegenüber Russland"*. Der dadurch verursachte *"Wirtschaftskrieg"* mit dem größten Energielieferanten für unser Land würde den *"Niederösterreichern"* das Leben schwer machen. Einmal mehr beweist die FPÖ ihre Russlandfreundlichkeit. Er wirft weiter der EU eine *"Scheuklappenpolitik"* in Bezug auf die Energieressourcen vor, durch die günstiger Wohnraum unmöglich gemacht wird. Den nächsten Rundumschlag bekommt der grüne Koalitionspartner in der Bundesregierung, der seiner Meinung nach alles tut, um die Inflation weiter anzuheizen (*Beispiel "CO2-Steuer"*). Die strengeren Vergaberichtlinien für Kredite führten zu einem Einbruch bei den Krediten um 50%, womit mehr Leute anstelle von Eigentum in Mietwohnungen bleiben müssten.

Er setzt sein Bashing der Sozialdemokraten fort. Wobei, es mutet beinahe witzig an, wenn aus dem Mund eines FP-Abgeordneten die Worte an die SP: *"billigster Populismus, Banken-Bashing"* kommt. Die rote Stadt Wien sei der größte Immobilienbesitzer Österreichs, welcher ohne Leistung weit mehr Einnahmen hat als vor der Krise. Er wirft der SP vor, zu kritisieren, was sie selbst gemacht haben (*ÖGB-BAWAG, Stadt Wien-Immobilien*).

Danach beschuldigt er die SP nur Interesse an der Weiterführung des *"Wirtschaftskrieges, der hohen Energiepreise, ..."* zu haben.

Abschließend sagt er *"wir gehen die echten Ursachen an"*, liefert jedoch in seiner ganzen Rede keine einzige Lösung.

Als letzter Redner betont **Abg. Florian Krumböck/VP**, dass der SP-Antrag *"die Inflation weiter anfachen, Wohnraum verknappen, Wirtschaft stark belasten"* würde und *"linke Verteilungsideologie vor trockene wirtschaftliche Realität stellt"* ...

Wir finden die Worte aus dem Mund einer Wirtschaftspartei, die die wirtschaftlichen Herausforderungen der letzten Jahre so schlecht wie keine Regierung davor bewältigt hat, bemerkenswert. Er argumentiert wirtschaftspolitisch gegen die Senkung der Zinsen, da diese langfristig die Inflation noch weiter erhöhen würden und die österreichische Wettbewerbsfähigkeit reduziert wird. Das klassische Argument der VP, die sich in erster Linie für die Unternehmer einsetzt, sagen wir.

Er bezieht sich in seinen Ausführungen auf einen Artikel im Standard (August 2023) von Clemens Fuest vom Münchner IFO-Institut. <https://www.derstandard.at/story/3000000183155/ein-zinsdeckel-w228re-keine-gute-idee>

Wenig überraschend stellt **Abg. Krumböck** das Wohnbaupaket des Bundes als eine Lösung der VP dar.

Abschließend argumentiert Abg. Krumböck, dass der SP-Vorschlag einer Vermögenssteuer keinen vermögenden macht, und zeichnet einmal mehr das Bild der negativen Auswirkung auf die Unternehmer. Er argumentiert, die SP hat unter Finanzminister Lacina 1993 die Vermögenssteuer abgeschafft und eben

dieser argumentiert heute noch, dies so beizubehalten.

"Freiheit statt mehr Staatsabhängigkeit" ist das Motto. Errungenschaften der nö. VP-Regierung: "blau-gelber Strompreisrabatt, Heizkostenzuschuss". Dann zieht er Bilanz der Unterstützungen der Bundesregierung der letzten Jahre der VP-Regierung.

Abschließend wird die Argumentation eines kräftigen Wirtschaftsstandortes mit dem Wohl für gut bezahlte Jobs verknüpft.

Wie wir allerdings wissen, geht dies nicht Hand in Hand, sondern satte Unternehmensgewinne verbleiben meist bei den Unternehmen oder Investoren.

Der Ausschussantrag lautet auf Ablehnung. Dieser wird von VP, FP, Grünen und NEOS gegen die Stimmen der SP angenommen.

#zusammenHaltNÖ



Faktencheck:

Im Antrag wird auf eine Aussage vom WIFO-Chef Gabriel Felbermayr Bezug genommen, der einen Ausstieg der Indexierungsautomatik für Mieterhöhungen fordert:

["Mietpreisdeckel ist "deutliche Entlastung", aber ungerecht"](#), Die Presse, 30.08.2023

Entwicklung der Inflation in Österreich:

<https://marie.wko.at/unternehmertum/so-entwickelt-sich-die-inflation-in-oesterreich-2024.html>, WKO

["Inflation bei 4,1 Prozent: Österreich EU-Spitzenreiter beim Anstieg der Gaspreise"](#), Der Standard, 17.4.2024

["Banken in Österreich machen Rekordgewinne. Soll der Staat sie nun abschöpfen?"](#), Der Standard, 10.4.2024

In diesem Beitrag werden die überproportionalen Bankengewinne der letzten Jahre thematisiert, während gleichzeitig die Inflationsrate dramatisch gestiegen ist.

Die Behauptung des Abg. Krumböck, dass unter Finanzminister Lacina die Vermögenssteuer abgeschafft wurde und er das auch heute beibehalten würde ist verkürzt und damit falsch. Ferdinand Lacina spricht sich heute sehr wohl für eine Vermögenssteuer aus. Nachzulesen:

["Ferdinand Lacina: Ein modernes Steuersystem besteuert auch Reiche"](#), Der Standard, 11.1.2024

TO-Punkt 14: „Förderung von privaten Mehrfamilienhäusern, sogenannter Baugruppen, im Sinne der ökologischen Transformation“

Im Antrag der Grünen geht es um die mögliche Förderung privater Mehrfamilienhäuser, sogenannter „Baugruppen“.

Abg. Helga Krismer-Huber/Grüne stößt sich daran, dass es für diese neue Form zur Schaffung von Wohnungseigentum zwar eine Empfehlung des Klimarates gibt, es in anderen Bundesländern (Vbg., Tirol, Sbg., Ktn., Wien) auch bereits rechtliche Grundlagen dafür gibt und auch Förderung dieses neuen Wohnmodells, man in Niederösterreich aber nicht einmal bereit sei, darüber zu diskutieren.

Obwohl alle in den Topf der Wohnbauförderung einzahlen, soll es auch in Zukunft Förde-

rungen nur für Einfamilienhäuser bzw. für gemeinnützige Wohnbauträger geben, die laut Abg. Krismer-Huber fest in schwarzer Hand seien.

Abg. Christian Samwald/SP kann dem Antrag der Grünen nicht zustimmen. Die SP-Fraktion befürchtet ein Abfließen der Wohnbauförderungsgelder zu gewerblichen Bauträgern. Er kann sich Baugruppenprojekte derzeit nur über gemeinnützige Wohnbauträger vorstellen. Aber dazu brauche es eine Neudotierung der WBF, sowie eine grundlegende Reform derselben.

Mit einem „Sehr geehrte Frau Präsident“ leitet Abg. Hubert Keyl/FP seine inhaltliche Ablehnung des Grünen Antrags ein, meint aber gleichzeitig, für die FP spiele der gemeinschaftliche Wohnbau in Zukunft eine wesentliche Rolle.

Abg. Keyl betont in gewohnt provokanter Art, dass laut „Frau Klubobmann“ (Krismer) die Debatte erst begonnen hätte und legt vielsagend nach „Also, Frau Klubobmensch ..., eigentlich habe ich das gar nicht so böse gemeint, wie Sie das aufgefasst haben.“

Eine besonders „feiner Versuch“ des FP-Mandatars, um Gendern ins Lächerliche zu ziehen.

Im Folgenden widerspricht sich Abg. Keyl allerdings selber, als er meint, inhaltlich sei er gar nicht so weit von den Grünen entfernt

und zeigt Sympathien für das sogenannte „Generationenhaus“, das aber nur von gemeinnützigen Wohnträgern errichtet werden solle.

Beim grünen Modell sieht Abg. Keyl rechtliche Probleme, die beim Ausstieg oder Todesfall eines Miteigentümers entstehen könnten. Dennoch wolle sich die FP auch weiterhin für das Generationenhaus einsetzen.

Für Abg. Christian Gepp/VP muss Wohnen leistbar sein, was durch die treffsichere und zukunftsweisende NÖ Wohnbauförderung unterstützt werde.

Er weist darauf hin, dass diese Investitionen von €2,2 Mrd. in NÖ immerhin 30.000 Arbeitsplätze sicherten.

Private Baugruppen könnten in Zusammenarbeit mit gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen als Förderwerber auftreten.

Jedoch fallen seiner Meinung nach die zivilrechtliche und steuerrechtliche Beratung für solche private Baugruppen nicht in die Zuständigkeit der Wohnbauförderung, sondern in den Aufgabenbereich von Rechtsanwälten und Notaren.

Derzeit sei bei Baugruppen (private Vereine, Genossenschaften etc.) die Bonität oft nicht gegeben und daher sei eine Vergabe von Fördermitteln aus dem Bereich NÖ Wohnbauförderung nicht möglich.

Quellen für diese Ausgabe der Impressionen:

Notizen von #zHNÖ-Beobachter*innen, Bericht der NÖ Landeskorespondenz „Landtag aktuell“, Videobeiträge der LT-Sitzung, div. Medienberichte, [Fremdenpolizeigesetz 2005](#), [Asylgesetz 2005](#)

Gesamtvideo der NÖ Landtagssitzung

<https://noe-landtag.gv.at/sitzungen/XX/2024-05-23>

Zusammenfassung der NÖ Landeskorespondenz zum Nachlesen

<https://noe-landtag.gv.at/fileadmin/sitzungen/20.GP/2024-05-23/LANDTAG20240523.pdf>

Nächste Landtagssitzung: Donnerstag, 20.06.2024, 13.00 Uhr

Weitere #zusammenHaltNÖ-LT-Beobachter*innen sind herzlich willkommen!

Bitte um Kontaktaufnahme unter: kontakt@zusammenhaltnoe.at

#zusammenHaltNÖ-Website: <https://zusammenhaltnoe.at/zusammenhaltnoe-is-watching-you/>